

Kölnener Polizei...

Fortsetzung von Seite 16

Landesregierung wurde gebeten, im Ausschuß darzustellen, wie vor Verabschiedung des Gesetzes sichergestellt werden kann, daß durch eine Änderung der Berufsordnung den Freiberuflern die Zulassung zum öffentlich bestellten Vermessungsingenieur eröffnet werden kann. Hier möchte sich der Ausschuß bis Ende November Klarheit verschaffen.

Bis zu diesem Zeitpunkt auch erwartet der Ausschuß einen weiteren Bericht, in welchem der Innenminister zu den Vorgängen in Köln-Nippes am 20. September 1989 Auskunft erteilen soll. Hier geht es um die Aufklärung widersprüchlicher Aussagen über tätliche Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Teilnehmern an einer Gegendemonstration gegen eine Veranstaltung der Republikaner. In sechs Fällen wurde Strafanzeige gegen die Polizei erstattet; diesen Anzeigen stehen Ermittlungsverfahren gegen Teilnehmer der Demonstration wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, Körperverletzung und Sachbeschädigung gegenüber. Es soll auch geklärt werden, ob die Polizei taktisch klug, vorbeugend und deeskalierend gehandelt hat oder auch provokant gegen die Demonstranten vorgegangen ist. Da im Innenministerium noch nicht alle Vorgänge und Einzelheiten bekannt sind, wurde die weitere Erörterung vertagt.

Kunst des Rheinlands

Drei Doktorandinnen des Kunsthistorischen Instituts der Universität Bonn wurde vom Landschaftsverband Rheinland das nach dem Institutsgründer genannte Paul-Clemen-Stipendium verliehen. Dr. Monika Hartung, Dr. Anette Kuhn und Dr. Katharina Pawelec stellten in der Feierstunde am 25. Oktober ihre Arbeiten über Themen des Rheinlands: Lustschlösser, die Düsseldorfer Künstlergruppe Zero und die Aachener Bronzegitter vor. Von Kunsthistorikern wurde die mit Auszeichnung bewertete Dissertation von Pawelec als bahnbrechend für die Forschung über die Kunst der Karolingerzeit gelobt.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Karl Josef Denzer
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1,
Postfach 1143.

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knöpper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 8842303, 8842304 und 8842545, bx: # 56801*

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Reinhard Grätz MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ruth Witteler-Koch MdL (F.D.P.), Stellvertretende Fraktionsvorsitzende; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Pressesprecher, und Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Triitsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

Porträt der Woche

Bei einer Meinungsumfrage nach dem Bekanntheitsgrad der einzelnen Minister in der Regierung des Johannes Rau würde Rolf Krumsiek vermutlich nur einen der hinteren Ränge belegen. Doch das spricht nicht unbedingt gegen den nordrhein-westfälischen Justizminister. Denn wie könnte sich ein Landesjustizminister angesichts der Zuständigkeit des Bundes für die Straf- und Zivilgesetzgebung beim breiten Publikum anders einen Namen machen als durch aus dem Gefängnis flüchtende Verbrecher, überfüllte Haftanstalten und ähnlich unerfreuliche Dinge? So gesehen ist die mutmaßliche Unbekanntheit des Justizministers eher ein Kompliment für Rolf Krumsiek.

Sein derzeitiger politischer Job kommt dem Naturell des stets ruhig und, wenn man so will, würdevoll daherkommenden Justizministers sehr entgegen. Daß er einmal eine Treppe emporhastet, eine Tür zuknallt oder im politischen Meinungskampf von der sicheren Mitte abweichende Vorstellungen entwickelt, ist schier unvorstellbar. In der Kabinettsrunde des Ministerpräsidenten und in der sozialdemokratischen Landtagsfraktion gehört Rolf Krumsiek folgerichtig zu den stillen Zeitgenossen. Die Gelegenheiten, bei denen er sich in diesen beiden Entscheidungsgremien der nordrhein-westfälischen Landespolitik außerhalb seines engeren Zuständigkeitsbereichs einmal zu Wort meldet, kann man, wie aus Kabinett und Fraktion übereinstimmend berichtet wird, an den Fingern einer Hand abzählen. Was Krumsiek vorher als Wissenschaftsminister und Chef der Staatskanzlei als Manko angerechnet wurde — dieser Mangel an erkennbarem sozialdemokratisches Profil, an programmatischen Entwürfen oder politischer Emotionalität — all dies gerät dem Juristen in seinem Amtszimmer am Düsseldorfer Martin-Luther-Platz zum Vorteil. Da sitzt einer, der seine Arbeit erledigt, still, unspektakulär und so effektiv, wie dies die bejammernswerte Personalsituation im Justizbereich nur eben ermöglicht.

Der Justizminister selbst wird solche Beschreibung seiner Person und seiner Arbeitsweise nicht als strafwürdige Majestätsbeleidigung aufnehmen. Ist doch sein Ressort und dessen jeweiliger Amtsinhaber in der Sicht des Rolf Krumsiek am ungeeignetsten, auf Landesebene parteipolitisches Profil zu entwickeln. Schuld und Sühne und Gerechtigkeit sind unparteilich, sollten es zumindest sein, argumentiert der Justizminister. Daß er politischen Einfluß nehmen könnte auf die Staatsanwaltschaften, die ihm im Gegensatz zu den Richtern unterstellt sind, ist für Rolf Krumsiek deshalb eine abenteuerliche Vorstellung. Und als vor Jahresfrist auch in Nordrhein-Westfalen mit großer Erregung die Frage diskutiert wurde, ob und zu welchen Bedingungen und unter welchen Voraussetzungen die Gefangenen der Rote-Armee-Fraktion aus ihrer isolierten Haft entlassen und zu größeren Gruppen zusammengelegt werden könnten, war es der Justizminister Rolf Krumsiek, der strengstens darauf achtete, daß die RAF-Gefangenen keine Privilegien erhielten, die anderen Häftlingen verweigert werden. Die zunächst wütenden Attacken der Düsseldorfer Oppositionsparteien gegen die Zusammenlegung von vier Frauen in Köln verliefen sich denn auch schnell im Sande des politischen Alltagsgeschäfts, als CDU und F.D.P. merkten, daß sie diesem Justizminister in dieser



Justizminister Dr. Rolf Krumsiek (SPD)

Sache nichts ans Zeug flicken konnten. Heute ist das Thema RAF und die Situation der Gefangenen aus diesem Kreis in den nordrhein-westfälischen Gefängnissen überhaupt kein Thema mehr. Rolf Krumsiek kann das für sich als Erfolg verbuchen.

Still und ruhig im Hintergrund zu wirken hatte der heutige Justizminister spätestens in den Jahren von 1971 bis 1980 gelernt, als er in Wuppertal als Oberstadtdirektor sein Geld verdiente. Der Oberbürgermeister Johannes Rau hatte kurz vorher das Wuppertaler Rathaus geräumt. Der jeweilige Oberbürgermeister steht nach der völlig antiquierten nordrhein-westfälischen Kommunalverfassung zwar im Licht der Öffentlichkeit. Die tatsächliche Macht im Rathaus aber hat der Oberstadtdirektor. Dennoch nach außen hin so im zweiten Glied stehen zu müssen, ist für manchen Oberstadtdirektor mit ausgeprägtem Geltungsbedürfnis ein schweres Los. Krumsiek lißt, wenn man ihm glauben darf, nicht darunter. Im Gegenteil: An seine Wuppertaler Zeit erinnert er sich oft und gern. Der Mann hat sogar so etwas wie Humor. Gern erzählt der Justizminister, daß er das einzige Kabinettsmitglied in der Regierung Rau sei, der einen richtigen, einen echten Jagdschein besitze — wobei die Zuhörer dann, wenn sie denn wollen, schlußfolgern können, daß manch andere Regierungsmitglieder in der Sicht des Rolf Krumsiek manchmal so reden oder so handeln, als hätten sie den berühmten „Jagdschein“. Nun ja, ein Scherz...

Als er noch Minister für Wissenschaft und Forschung war, gehörte Rolf Krumsiek nicht dem Düsseldorfer Landtag an. Seit dem Mai 1985 ist das anders. Da gewann er den Wahlkreis Münden-Lübbecke mit 49,1 Prozent der Stimmen, ein Erfolg, der dem Selbstwertgefühl des 1962 in die SPD eingetretenen Juristen guttat. Da oben im Westfälischen stapft Krumsiek, wann immer er es ermöglichen kann, mit der Flinte durch Wald und Wiese, um seiner Jagdleidenschaft zu frönen. Selten genug kommt das vor. Wenn er nach getaner Arbeit im Ministerium das Haus verläßt, um noch irgendwelche Vorträge zu halten, Diskussionsrunden zu schmücken oder einfach zu repräsentieren, wie das heutzutage zu dem Los eines Ministers zählt, pflegt er sich von seinen engsten Mitarbeiterinnen mit dem Satz zu verabschieden, daß er jetzt noch „für den flächendeckenden Sozialismus kämpfen“ müsse. Deutlicher kann man Distanz nicht artikulieren. Aber dem Amt bekommt das nicht schlecht.

Reinhard Voss